



EDITORIAL



Foto: Weinwurm

Schulden-Party folgt Finanz-Kater

Wahlkämpfe sind teuer, Machtkämpfe noch teurer und verbrennen derzeit Steuergeld im großen Stil. Mit Schlagwörtern wie „Gerechtigkeit“, „Fairness“ und „Solidarität“ versuchen die politischen Fraktionen, ihre Klientel mit Versprechen zu ködern. So süß die Wahlzuckerln auch schmecken mögen, den bitteren Nachgeschmack werden sie uns nach dem 15. Oktober hinterlassen.

Die Feststellung, dass Österreich laut Eurostat das viertreichste Land der EU ist, täuscht nicht über die Tatsache hinweg, dass wir nach Jahren des politischen Stillstands kontinuierlich an Terrain verlieren. Wir haben die höchste Steuer- und Abgabenquote in der Zweiten Republik, die höchste Staatsverschuldung, eine nach wie vor hohe Arbeitslosenquote, einhergehend mit dem höchsten Angebot an Arbeitsplätzen, die jedoch mangels Qualifikation der Bewerber oftmals nicht besetzt werden können.

„Mindestens 310 Millionen Euro an Mehrkosten sind wegen der Abschaffung des Pflegegeldes und der Anhebung der allermeisten Pensionen um mehr als die Inflationsrate schon fix“, errechnete Agenda-Austria-Ökonomin Monika Köppl-Turyna. Ein Klacks zwar gegen die legendäre vier Tage vor der vorletzten Nationalratswahl beschlossene „Hackler“-Regelung. Diese kostete die österreichischen Steuerzahler laut Rechnungshof allein schon für Lehrer, die als Hackler in Pension gingen, bis zu zwei Milliarden Euro. Bis 2013 war es Beamten nämlich möglich, ab 60 nach 40 Beitragsjahren abschlagsfrei in den Ruhestand zu treten.

Tatsache ist, dass die Republik in Wahljahren und dem jeweiligen Jahr danach besonders hohe Ausgaben hat, bekräftigt Köppl-Turyna, die dieses Phänomen im Zeitraum von 40 Jahren untersucht hat. Kein Wunder, dass wir seit 55 Jahren keinen Budgetüberschuss mehr erwirtschaftet haben. Auch eine „erhebliche Abweichung“ von den EU-Regeln befürchtet der Fiskalrat im Jahr 2018 bei der Steigerung der Ausgaben, die entgegen den Vorgaben knapp stärker als das nominelle BIP steigen dürften. Als Mitgrund ortet Präsident Bernhard Felderer Maßnahmen aus dem Arbeitsprogramm 2017/2018, das nicht zur Gänze gegenfinanziert ist.

Vor zwei Lawinen, die über den künftigen österreichischen Budgets hängen, warnt der frühere Finanzminister Hannes Androsch: ein bevorstehender Zinsanstieg und die staatlichen Pensionszuschüsse. Die international vorhandenen Pensionszusagen entsprechen einem Vielfachen des globalen Bruttoinlandsprodukts von rund 80 Billionen Dollar, das sind mehr als 70 Billionen Euro. „Bei uns sagt man, die Pensionen sind sicher. Das stimmt schon, wenn's das Budget zahlt. Nur ist dann das Budget nicht sicher.“

Die zweite Lawine droht über Österreich abzugehen, wenn die Zinsen wieder steigen. „Wann die Europäische Zentralbank die ersten Schritte setzt, darüber kann man nur spekulieren. In den USA hat der Anstieg schon begonnen. Irgendwann wird es auch in Europa wieder hinaufgehen. Gehen diese beiden Lawinen – steigende Zinslast und Pensionslasten – ab, dann haben wir ein Riesen-Sanierungsproblem“, meint Androsch. Österreich hat sich im Vorjahr trotz Nullzinsen um weitere 5,8 Milliarden Euro zusätz-

lich verschuldet. Im Jahr davor betrug die Neuverschuldung indessen lediglich 3,6 Milliarden. Diese Entwicklung ist erschreckend und verantwortungslos. Solche Exzesse reißen nicht nur ein Loch in den Staatssäckel, sondern schädigen auch den internationalen Ruf als attraktiver Wirtschaftsstandort.

Populistische Verschwendung von Volkvermögen durch Volksvertreter welcher politischen Couleur auch immer ist kein Kavaliersdelikt. Würde ein österreichischer Unternehmer so sorglos mit Firmenvermögen umgehen, stünde er bald vor dem Strafrichter,

meint
Ihre

Marie-Theres Ehrendorff
Chefredakteurin